
Buchbesprechungen

Müller-Jentsch, Walther (Hg.): Zukunft der Gewerkschaften. Ein internationaler Vergleich, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1988, 260 S., 48 DM

Seit geraumer Zeit wird eine recht umfangreiche und durchaus kontroverse Diskussion über die Zukunft der Arbeitsbeziehungen, besonders die der Gewerkschaften geführt. Hierbei kann grob unterschieden werden zwischen nationalen Vergleichen verschiedener Gewerkschaften und internationalen Gegenüberstellungen der Gewerkschaftsbewegungen in verschiedenen Ländern. Einen sehr wichtigen Beitrag zu der zuletzt genannten Variante stellt ein Sammelband des Gewerkschaftssoziologen und Experten auf dem Gebiet der industriellen Beziehungen, Walther Müller-Jentsch, dar.

Einige Bezugspunkte der aktuellen Diskussion sind: Probleme der kollektiven Interessenvertretung und -repräsentation infolge zunehmender Partikularisierung und Prozesse sozialer Schließung, neue Managementkonzepte (im Rahmen systemischer Rationalisierung und flexibler Spezialisierung statt standardisierter Massenproduktion) und eine zunehmende Arbeitsmarktpaltung (Verschärfung der Segmentationsprozesse bei andauernder Massenarbeitslosigkeit), verschiedene Deregulierungsstrategien als staatliches Pendant zu umfangreichen Flexibilisierungsbemühungen der Unternehmer. - Die Probleme, vor denen die Gewerkschaften in verschiedenen Ländern stehen, sind durchaus ähnlich und vergleichbar, wenngleich natürlich länderspezifische sozio-ökonomische Besonderheiten jeweils sorgfältig zu berücksichtigen sind. Die verschiedenen nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen begünstigen oder erschweren infolge ihrer Strukturen, Institutionen und der Strategien ihrer Akteure jeweils bestimmte Lösungen.

Die Autoren des Sammelbandes sind ausnahmslos als Experten für die ausgewählten westlichen Industrienationen (Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Schweden, Italien, Frankreich, Großbritannien, USA, Japan) bekannt. Sie behandeln durchweg sehr kompetent und sachkundig die verschiedenen Probleme und Perspektiven der gewerkschaftlichen Entwicklungen im „flexiblen Kapitalismus“ der dritten industriellen Revolution, vor allem die Folgen der neuen Technologien (mit der Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie) sowie der Tertiarisierung der Berufsstruktur („neue Topographie der Arbeit“). Eine knappe Einleitung in die allgemeine Problemstellung sowie ein abschließender qualitativer Vergleich des Herausgebers runden den Band ab.

Die Verfasser, die natürlich ein breites Spektrum in ihren theoretischen Ausrichtungen aufweisen, präsentieren jeweils eine große Fülle von geschickt aufbereitetem Material, welches häufig weit über Gewerkschaftsprobleme im engeren Sinne hinaus- und weit in makroökonomische sowie politische Zusammenhänge der Nachkriegszeit hineinreicht. Beeindruckend ist weiterhin ein hoher Grad von Aktualität der vermittelten Informationen, der gerade im Vergleich zu anderen Sammelbänden ungewöhnlich und durchaus bemerkenswert ist. Das Buch ist daher bedenkenlos Laien und Experten gleichermaßen zu empfehlen, die breite Informationen zu Zukunftsperspektiven der Gewerkschaften in entwickelten westlichen Ländern suchen.

Möglicherweise etwas enttäuscht werden diejenigen Leser sein, die vor allem an detaillierten internationalen Vergleichen interessiert sind. Diesbezüglich hätten die einzelnen Autoren in ihren jeweiligen Länderbeiträgen mehr bieten können. Einen wirklich systematisch angelegten - und im übrigen hervor-

gend gelungenen - Vergleich stellt nämlich erst der Herausgeber selbst in seinem Schlußkapitel her. Das allgemeine Ergebnis läßt sich ungefähr folgendermaßen knapp zusammenfassen: Korporatistische Regulierungsformen, die immer noch in Österreich und Schweden vorhanden sind, werden zunehmend abgelöst durch neokonservative. Hierfür liefern Großbritannien und die USA die deutlichsten und dramatischsten Belege, während die Bundesrepublik, Frankreich und Italien mehr oder weniger deutlich in diese Richtung tendieren. Japan stellt einen Sonderfall dar. Die verschiedenen Probleme der Gewerkschaften (unter anderem Mitgliederentwicklung, Organisationsgrad, mangelnde Einbindung in Entscheidungsprozesse, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit) nehmen zu, je deutlicher mit den neuen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen (beispielsweise Flexibilisierungsstrategien der Unternehmer, Dezentralisierungstendenzen innerhalb der Tarifpolitik) neokonservative Regulierungsformen einhergehen.

Zum Schluß sei eine Beobachtung herausgestellt, die mit dem besprochenen Band im engeren Sinne nur zum Teil zu tun hat. Die dringend notwendige Diskussion über die Zukunft der Arbeitsbeziehungen gerät unter der Hand immer wieder leicht zu einer kontroversen Auseinandersetzung über die notwendige Umorientierung der gewerkschaftlichen Politik. Dies ist einerseits verständlich in Anbetracht der enormen Probleme, vor denen die Gewerkschaften überall stehen und für die sie dringend Lösungen in Form von Handlungskonzepten für eine Neuorientierung ihrer Politik brauchen. Dies ist andererseits aber auch unverständlich und problematisch, weil die Handlungsoptionen der Gewerkschaften sich immer nur in Relation zu den Strategien der übrigen Akteure ausloten lassen. Über die „Zukunft“ der Unternehmer beziehungsweise Arbeitgeberverbände findet sich - auch angesichts einer unterentwickelten Managementsoziologie - in der aktuellen Diskussion wenig an Informationen, über die des Staates als dritten

korporativen Akteur fast nichts. Die Beseitigung dieses nahezu systematischen Defizits durch eine Erweiterung der Perspektive wird eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre sein müssen.

Prof. Dr. Berndt Keller,
Universität Konstanz

Eich, Dieter/Karl-Ludolf Hübener: Die strategischen Rohstoffe. Ein politisches Handbuch, Peter Hammer Verlag/ÖIE, Wuppertal 1988, 222 S., 18,80 DM

„Ohne Mangan, Chrom, Platin und Kobalt kann es keine Automobile, keine Flugzeuge, keine Düsentriebwerke, keine Satelliten, keine High-Tech-Waffensysteme mehr geben.“ Diese vom Rat für Wirtschaft und Nationale Sicherheit der USA getroffene Feststellung mag für den technologischen und werkstoffmäßigen Laien reichlich übertrieben und vielleicht sogar unglaublich klingen. Für die Fachwelt allerdings ist längst klar, daß mit dieser Kennzeichnung der Nagel auf den Kopf getroffen ist. Die Liste von Rohstoffen, auf die das westliche Zivilisationsmodell angewiesen ist, ist tatsächlich noch viel länger und liest sich wie ein Buch mit sieben Siegeln: Beryllium, Gallium, Germanium, Hafnium, Indium, Lithium, Mangan, Molybdän, Niob, Selen, Tantal, Tellur, Titan, Wismut, Wolfram und Zirkonium heißen die (Roh-)Stoffe, aus denen unsere Träume, aber auch manche unserer Alpträume sind.

Greifen wir uns kurz den Rohstoff Titan heraus. Diesem Stoff kommt entscheidende Bedeutung bei der Entwicklung der Kernfusionstechniken zu. Dank Metall-Legierungen aus Niob-Titan ist es möglich geworden, supraleitende Magneten herzustellen, die die im Fusionsprozeß freigesetzten Energien zu leiten vermögen. Titan liefert aber auch die Weißpigmente für Lacke, Farben, Emaille, Textilien und Papier, die unseren Alltag erst so kontrastreich machen. Und die Titanlegierungen sowie die damit gewonnenen Supermagneten werden zunehmend in der Medizin-

technik eingesetzt - sei es bei der Früherkennung der multiplen Sklerose oder bei der Entwicklung neuartiger Prothesen, die eine biomechanische Kraftübertragung von der Prothese auf den Knochen erlauben. Die Verwendungsmöglichkeiten solcher zumeist exotisch klingender Rohstoffe sind also vielfältig.

Die zahlreichen Anwendungsmöglichkeiten reichen allerdings noch nicht aus, um aus Rohstoffen sogenannte „strategische Rohstoffe“ zu machen. Diese zeichnen sich, ganz allgemein gesprochen, darüber hinaus noch dadurch aus, daß sich die Vorkommen auf einige wenige Länder konzentrieren, daß die großen Verbraucher- und die großen Förderländer nicht miteinander identisch sind und außerdem die Liefersicherheit wegen geopolitischer Krisenpotentiale nicht gewährleistet ist. Wegen dieses „weichen“ Kriterienkatalogs ist die Zahl der strategischen Rohstoffe umstritten. Was strategisch ist, wird von den jeweiligen Einschätzungen der Hauptverbraucher und ihrer politischen Repräsentanten in Washington, London, Bonn, Paris und Tokio festgelegt.

Es gehört zu den Verdiensten des Buches von Dieter Eich und Karl-Ludolf Hübener, einige der über den „strategischen Rohstoffen“ liegenden Schleier zu lüften. Gerade weil es zu den Eigenschaften dieser hochsensiblen Materie gehört, daß sie aus der üblichen Berichterstattung der Tagespresse ausgespart und, soweit doch, allein in einer Fachleuten verständlichen „Geheimsprache“ in abgelegenen Fachzeitschriften erörtert wird, ist es schon ein Politikum für sich, wenn einmal die Bedeutung dieser Waren genauer analysiert wird. „Strategische Rohstoffe“, so zeigen die Ausführungen der beiden Autoren, stehen im Zentrum der politischen, ökonomischen und technologischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Machtblöcken: sie sind politische Waren.

Dieser Charakter der politischen Ware macht sich weniger am Typus der Preisbildung als an der Form der Liefersicherung

fest. Die Sicherstellung stetiger Versorgung mit den Schlüsselstoffen für die industriell-zivile und die industriell-militärische Produktion wird durch geopolitische Politikstrategien zu gewährleisten versucht. Weil viele der „strategischen Rohstoffe“ in Ländern der Dritten Welt vorkommen, bemühen sich die westlichen Regierungen, allen voran die USA, auf internationaler Ebene seit langem um den unbegrenzten Zugang zu diesen Rohstofflagern. In der Phase der Nach-Kanonenboot-Ära sind es nicht länger in erster Linie militärische Truppen oder Interventionen, die die Interessen an einer ungestörten Rohstoffversorgung sichern, sondern ökonomische und politische Machtmittel. Ort dieser Form der Interessensicherung sind die internationalen Konferenzen wie die GATT-Runden (General Agreement on Tariffs and Trade) oder die UNCTAD-Treffen (UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz), bei denen die westlichen Regierungen die Rahmenbedingungen für den internationalen Warenaustausch, insbesondere den Handel mit den Ländern der Dritten Welt, zu ihren Gunsten festzuschreiben versuchen.

Verhandlungserfolge der Länder der Dritten Welt wie die im Jahr 1974 von der UN-Vollversammlung verabschiedete „Erklärung über die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung“ blieben Erfolge auf dem Papier. Vor allem das „eiserne Dreieck“ USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland konnten die in dieser Erklärung formulierten Forderungen nach der Kontrolle multinationaler Konzerne, dem Recht auf die Bildung von Produzentenvereinigungen oder der Anbindung der Rohstoff-an die Industriegüterpreise niederschlagen. Ihrerseits zum Scheitern der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ beigetragen hat schließlich die Verschuldung der Dritten Welt. Unter dem Druck riesiger Schuldendienstleistungen sind die Rohstoffproduzenten der Dritten Welt seit Anfang der achtziger Jahre gezwungen, ihre natürlichen Reichtümer in beschleunigtem Maße auf den internationalen Märkten anzubieten. Die Folge des

Überangebots ist ein rapider Preisverfall: Die Austauschrelationen zwischen Rohstoff- und Industrieprodukten befinden sich heute auf dem Stand der dreißiger Jahre. Der Ausverkauf der Dritten Welt beschert den entwickelten kapitalistischen Industrieländern so nicht nur Versorgungssicherheit, sondern darüber hinaus eine lange nicht bekannte Preisstabilität.

Die akute Notsituation der verschuldeten Peripherie und die damit einhergehende weitere Verschlechterung der Stellung dieser Länder in der internationalen Arbeitsteilung wird durch die Auflagenprogramme von Internationalem Währungsfonds und Weltbank noch forciert, indem die Ökonomien auf die Produktionserfordernisse der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgerichtet werden.

Eich/Hübener belassen es aber nicht bei der Analyse dieser ökonomisch-politischen Strukturzusammenhänge. Sie verweisen weiterhin noch auf ein zweites „Sicherheitsnetz“. Ausgehend von den USA hat die NATO sich eine neue militärpolitische Doktrin unter dem Namen „Airland-Battle 2000“ zugelegt, die - explizit - unter dem Aspekt der Sicherung der Rohstoffversorgung sich auf eine flexible Handhabung sogenannter „low intensity conflicts“ in der Dritten Welt vorbereitet. Wenn es um die Versorgung mit Schlüsselingredienten kapitalistischen Wachstums geht, darf offensichtlich auch in der „Nach-Kanonenboot-Ära“ über militärische Hilfsmittel nachgedacht werden.

Das Buch von Eich/Hübener enthält zwei umfangreichere Fallstudien, in denen die Finten und Machenschaften auf dem Rohstoffsektor aufgedeckt und der Mythos einer wohlstandsfördernden freien internationalen Arbeitsteilung Lügen gestraft wird: die Boykottpolitik gegenüber dem Apartheidstaat Südafrika und die Internationale Seerechtskonvention.

Der Apartheidstaat am Kap ist einer der größten Rohstoffproduzenten der Welt und tritt insbesondere im Falle der „strategischen Rohstoffe“ häufig sogar als Alleinanbieter auf. Moral und Menschenrechte, so zeigen die Autoren, haben ökonomische Interessen zu berücksichtigen. Was ansonsten gerne totgeschwiegen wird, läßt sich bei Eich/Hübener nachlesen: Die von der US-Regierung vorgenommenen „Anti-Apartheid-Sanktionen“ weisen auf dem Felde der „strategischen Rohstoffe“ riesige Löcher auf. Importiert werden darf, was die US-Ökonomie dringend verlangt. Daß aber gerade ein Boykott der südafrikanischen Metallexporte den Apartheidstaat schwer treffen würde, wird von den Autoren treffend herausgearbeitet.

Diese gute Argumentationshilfe für die Solidaritätsgruppen ist ein Beispiel für die Nützlichkeit des Buches von Eich/Hübener. Kritisch anzumerken bleibt, daß die Autoren dem ökologischen Aspekt des internationalen Rohstoffabbaus keine Aufmerksamkeit geschenkt haben. Aber vielleicht kommt es bald zu einer Nachfolgestudie.

Kurt Hübner,
Berlin